

ULLA PLENER

Theodor Leipart (1867-1947)

## Persönlichkeit – Handlungsmotive – Lebensbilanz

Zu den Gepflogenheiten der kommunistischen, in der Komintern-Tradition stehenden Geschichtsschreibung gehörte es, den Einzelnen, die Persönlichkeit weitgehend hinter »objektive Abläufe« des historischen Prozesses zurückzudrängen. Die Eigenheiten der agierenden Menschen, die persönlichen Motive ihres Handelns wurden als selbständiger, manchmal bestimmender Faktor in der Politik weitgehend ausgeschlossen. Auch die wenigen Führer von Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung, die in historischen Abhandlungen hervorgehoben und biographischer Werke für würdig befunden wurden, galten zumeist als Vollstrecker objektiver Gesetzmäßigkeiten, ihr Handeln wurde an diesen – nicht selten von den jeweiligen Führungen subjektivistisch interpretierten und festgelegten – Gesetzmäßigkeiten gemessen und danach bewertet, ob und wie sie zu der gerade gültigen kommunistischen Strategie gestanden hatten. So waren dann kommunistische Führerpersönlichkeiten, da revolutionär und an der Sowjetunion orientiert, meistens positive, untadelige Helden, sozialdemokratische Politiker dagegen, weil reformistisch und SU-kritisch oder gar -ablehnend eingestellt, pauschal und durchweg Opportunisten und Verräter von Arbeiterinteressen. Dabei hätten die kommunistischen Angebote der Aktionseinheit vielleicht mehr gefruchtet, wenn es nicht so restlos am Bemühen gefehlt hätte, in die Logik der anders Denkenden und deren Motive einzudringen sowie das von diesen für die Vielen tatsächlich Erreichte anzuerkennen.

Zu den vor 1933 als »Verräter« Gebrandmarkten gehörte Theodor Leipart. In dem Biographischen Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Dietz Verlag Berlin 1970), das zwar sachlich gehalten war, aber die o. g. Meßlatte anlegte, hießen seine Charakteristika: Er habe »die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit dem Monopolkapital« verfochten, »sich an der Ausarbeitung der kleinbürgerlich-reformistischen Theorie von der ›Wirtschaftsdemokratie« beteiligt usw. Nach Gründen für seine Positionen und Motiven seines Handelns wurde nicht gefragt; die Bilanz seines Wirkens blieb aufgrund des Dargestellten eine rein negative.

Auch sozialdemokratische Historiker zeigen sich gegenüber Leipart verhalten – weil er 1946 der SED beigetreten war? In das jüngst erschienene Lexikon deutscher Demokraten wurde Leipart nicht aufgenommen (sehr wohl aber zum Beispiel ein Noske).<sup>1</sup>

Theodor Leipart gehört zu den Persönlichkeiten, die die deutsche, teilweise internationale Arbeiterbewegung, insonderheit

Ulla Plener – Jg. 1933,  
Historikerin, Berlin.

Gewerkschaftsbewegung, seit Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bis 1933 maßgebend mitgeprägt haben. Er entstammte jenem Kreis von Arbeiterführern, die selbst noch handwerkliche Berufe erlernten und ausübten, aber schon die sich herausbildende, zunächst vom physischen und geistigen Elend gezeichnete erste Generation der Industriearbeiterschaft erlebten und organisierten. Politisch wurde er von den knebelnden Zuständen des Sozialistengesetzes (1878-1890) geprägt. Seit 1887 bekleidete er gewerkschaftliche Ämter, seit 1891 hauptamtlich. Von 1893 bis 1919 stand er an der Spitze der Drechsler-Vereinigung bzw. des Deutschen Holzarbeiterverbandes (DHV) und war zugleich von 1904 bis 1919 Sekretär der von ihm initiierten Internationalen Union der Holzarbeiter. Von 1921 bis 1933 war er Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), außerdem von 1922 bis 1933 Vizevorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

### *Persönlichkeit*

Leipart wurde in Neubrandenburg als siebentes von zwölf Kindern in der Familie eines unselbständigen Damenschneiders, der meistens mit Gelegenheitsarbeiten für den Unterhalt der Seinen sorgte, geboren. »Bittere Armut und große Kinderschar daheim« waren seine bleibenden Kindheitserlebnisse.<sup>2</sup> Aber ebenso war es wohl die hochherzige Hilfe eines Neubrandenburger Syndikus, der für ihn die Kosten für den Besuch einer »höheren« Bürgerschule (später Mittelschule) mit »vortrefflichen Lehrern« übernommen hatte. Vielleicht war dieses frühzeitige Erleben einer »klassenüberschreitenden« Tat, an die sich Leipart immer wieder dankbar erinnerte, eine Quelle für seine spätere nach seinen Worten »weniger radikale«, auf Ausgleich und Kooperation gerichtete Position gegenüber allem, was »bürgerlich« war. Doch blieb er sein Leben lang stolz auf seine Arbeiterherkunft und verleugnete nie seinen Klassenstandpunkt.

Leipart mußte Drechsler lernen (statt Gärtner, wie er es wollte), weil zwei seiner Onkel Drechsler waren und die Ausbildung kostenfrei übernommen hatten. Schon neunzehnjährig trat er in Hamburg dem Drechsler-Fachverein, kurz darauf auch der Sozialdemokratischen Partei bei. Als engagierter Gewerkschafter und sozialdemokratischer Agitator hatte er Armut, Arbeits- und Arbeitslosigkeit eines Lohnarbeiters und die Pressionen des Sozialistengesetzes sowie seit 1893 die Polizeigewalt in Stuttgart, wohin er mit dem Hauptsitz des DHV übergesiedelt war, am »eigenen Leibe« ständig erlebt. Für einen Arbeiter überdurchschnittlich gebildet, empfand er die »geringe Achtung, welche die Arbeiter in der menschlichen Gesellschaft genossen«, obwohl sie doch zu ihrem Reichtum am meisten beitrugen, als demütigend – und ebenso, daß »die Arbeiter im öffentlichen Leben, im Staate und in der Gemeinde« keinen Einfluß hatten. Diese Eindrücke blieben für sein ganzes Leben und Wirken prägend. Und so widmete er sich vom Beginn seines gewerkschaftlichen Engagements an dem materiellen, geistigen und politischen »Aufstieg der Arbeiterklasse auf eine höhere Kulturstufe«, der »von den widerstrebenden Mächten

»Der Kapitalismus hat die Arbeiter nicht nur von den Produktionsmitteln getrennt und sie einer unsicheren Existenz, einem fremdbestimmten Leben überantwortet. Er hat... sie aus der Kulturgemeinschaft ausgeschlossen... Der Arbeiter... kam... als Mensch mit eigenen Bedürfnissen, mit dem eingeborenen Verlangen nach einem eigenbestimmten, gesicherten und kulturellen Dasein nicht in Betracht.«

Theodor Leipart/L. Erdmann: Arbeiterbildung und Volksbildung, Berlin 1928, S. 6.

des Unternehmertums und des bürgerlichen Staates immer aufs Neue« gehemmt wurde.<sup>3</sup>

Dabei ging es Leipart nicht nur um das kollektive Interesse der Arbeiterklasse, sondern fast mehr noch um die Persönlichkeit des Arbeiters. 1915 schrieb er (und wiederholte es später immer wieder): »Achtet eure Persönlichkeit, schafft euch Selbstbewußtsein an, fordert euer Recht!«<sup>4</sup> Gerade als Gewerkschafter bekannte er sich »zur humanitären Idee als der letzten und tiefsten, die uns bewegt«; das Arbeitsrecht war ihm Menschenrecht, der Lohnkampf ein Befreiungskampf; er wollte »Lebensfreude und Lebensgenuß für alle«.<sup>5</sup> Den wichtigsten Hebel dafür erblickte er – neben der, vor allem gewerkschaftlichen, Organisation – in der Bildung, denn es war seine eigene »Erfahrung, daß es kein größeres Gut für den Menschen gibt als möglichst viel eigenes Wissen«.<sup>6</sup> Die mit anderen Volksschichten gleichberechtigten Ansprüche der Arbeiter auf Persönlichkeitsentfaltung leitete Leipart aus dem Anteil der Lohnarbeiter an der Produktion materieller (und zunehmend geistiger) Güter des »Volksganzen« ab, denn die Wirtschaft werde »nicht nur vom Unternehmertum und seinem Kapital, sondern in höherem Maße von der Arbeiterschaft und ihrer Arbeitskraft getragen«.<sup>7</sup>

Leipart war ein stark national gesinnter Sozialdemokrat. Bei Kriegsbeginn 1914 hielt er seinen siebzehnjährigen Sohn nicht davon ab, freiwillig aufs Schlachtfeld zu ziehen, ja, er hatte es sich nicht nehmen lassen, ihm beim Abschied das Gewehr zu tragen. Er trauerte um den schon im Dezember an der Westfront gefallenen einzigen Sohn, der nun »nicht den Triumph (s)eines heldenmütigen Eintretens für den Schutz des deutschen Volkes (!) miterleben« würde. Und zugleich – es mutet irrational an – entschuldigte er sich im Namen seines toten Sohnes bei den Fremden, deren Heimat nun gleichfalls in Trümmer gelegt wurde.<sup>8</sup>

Die Jahrzehnte der fast vollständigen geistigen, wirtschaftlichen und politischen Rechtlosigkeit der Lohnarbeitenden vor dem Ersten Weltkrieg blieben bis an das Lebensende bestimmend für Leiparts Tätigkeit und seine Auffassungen. Auf diese Jahre kam er immer wieder zurück, wenn er den seitdem mit den Gewerkschaften zurückgelegten Weg zur materiellen, geistigen und politischen Emanzipation der Arbeiterschaft beschrieb. Dabei weisen alle seine gedruckten und nicht gedruckten Schriften eine erstaunliche Kontinuität der Auffassungen von der Vorkriegszeit bis 1933 und darüber hinaus bis zu seinem Tode auf.

Seine und seiner Gefährten Lebensbilanz schätzte Leipart 1945 als große kulturhistorische Leistung ein, wobei er sich wiederum auf die Lage der Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert und ihre damalige Apathie, ihre schon von Lassalle gezeißelte Geduld bezog. Resümierend schrieb er: »Rückschauend glaube ich sagen zu dürfen, daß wir in diesen Jahren manches erreicht und geschaffen haben, was der deutschen Arbeiterschaft und dem ganzen Volke nützlich gewesen ist.«<sup>9</sup>

Von Zeitzeugen wurde Leipart »mit seinem hohen Wuchs, seinem etwas aristokratischen Äußeren und seinen gemessenen Bewegungen« als »eine der markantesten Erscheinungen« auf allen nationalen und internationalen Gewerkschaftskongressen

»Neben dem Gemeinschaftsgefühl haben wir aber auch das Persönlichkeitsgefühl im Arbeiter wachgerufen und den größten Wert darauf gelegt, es dauernd zu pflegen und zu stärken. Der Einzelne soll sich nicht nur als Glied der Masse fühlen, er soll seinen eigenen Persönlichkeitswert haben und betonen.«  
Theodor Leipart: Die Kultur Aufgaben der Gewerkschaften, Berlin 1932, S. 4.

»Wir führen unseren sozialen Kampf im Interesse der Nation. Wir führen ihn im Sinne der Zusammenarbeit (mit den) anderen Völkern. Aus diesem Grunde wehren wir uns auch gegen jede nationalistische Verengung... Die führenden Kräfte unserer Gewerkschaftsbewegung waren national eingestellt, sie sahen darüber hinaus aber auch den weiten weltumspannenden Gedanken der Menschheit. Im Gebiete des Geistigen und Schöpferischen gibt es keine Ausländer, erkennen wir auch keine Rassenbeschränkungen an. Jeder, der unser Leben auf den Gebieten von Kunst und Wissenschaft bereichert, soll auf deutschem Boden eine Heimat haben.«  
Theodor Leipart: Die Kultur Aufgaben der Gewerkschaften, a.a.O., S. 18.

»Diese Masse aus ihrer Lethargie aufzurütteln, sie zu durchdringen mit der Schwungkraft gemeinsamer, von einem Ziel beflügelter Gedanken, sie mit dem Glauben an sich selbst, an die ihr innewohnende Kraft zur Selbstbefreiung zu erfüllen, sie zu kampfkraftigen Organisationen zusammenzuschließen, die aus der zusammenhanglosen Menge von Millionen Einzelner eine ihrer Einheit wie ihrer geschichtlichen Mission bewußte Klasse machen könnten – das war eine so absurde und riesenhafte Aufgabe, daß nur Menschen von ungewöhnlichem Glauben und einer starken, die Zukunft vorwegnehmenden Phantasie an ihre Verwirklichung glauben konnten. Jahrzehnte theoretischer Arbeit, die um eine Klärung der Ziele und Methoden rang, Jahrzehnte einer noch unsicheren und unklaren Propaganda und wenig versprechender Versuche praktischer Organisation waren erforderlich, ehe es einer Gruppe von Führern, die ungefähr gleichzeitig in den Industrieländern Europas als Wegbereiter und Organisatoren der sozialen Revolution den Kampf für die politische und wirtschaftliche Freiheit der Arbeiterschaft aufnahmen, in gemeinsamer Arbeit, wenn auch nicht ohne inneren Streit, gelang, die Richtung des Weges zu bestimmen, auf dem die politische Partei und die Gewerkschaften trotz aller zeitweiligen Rückschläge von Erfolg zu Erfolg geschritten sind.«

Theodor Leipart: Der Aufstieg der Gewerkschaften, Manuskript, in: SAPMO im BArch, NY 4402, Aktenband 7, S. 2.

beschrieben.<sup>10</sup> Er soll von verschlossenem, zurückhaltendem Wesen gewesen sein, das es schwer machte, ihm näherzukommen. »Ihm, dem im reinsten Sinne des Wortes korrekten Gewerkschaftsbeamten, fehlte die Ausstrahlungskraft des großen Arbeiterführers. Seine eigentliche Welt blieb der Schreibtisch.«<sup>11</sup> Leiparts Schriften – er hat außer Geschäftsberichten und Referaten auf Gewerkschaftskongressen nur wenige hinterlassen – zeigen allerdings eher einen gebildeten, naturverbundenen, warmherzigen Menschen. Seine umfangreiche Bildung hatte er als Autodidakt erworben. Toleranz, auch gegenüber Religion und politisch Andersdenkenden, war ihm eigen.<sup>12</sup> Zeitlebens strebte er nicht nach parlamentarischen Sesseln und nicht nach staatlichen Ämtern. Nur 1919/1920 war er etwa neun Monate Minister für Arbeit und Wirtschaft, kurze Zeit auch Landtagsabgeordneter in Württemberg, doch hatte er daran »keine rechte Freude«.<sup>13</sup> Aus seinen gewerkschaftlichen Funktionen und Aufsichtsratsposten in gewerkschaftseigenen Einrichtungen häufte er keinen Reichtum an. Ob man sein politisches Wirken positiv oder negativ beurteilen mag, außer Frage steht: Seine ganze Kraft, sein ganzes Leben hat er nach bestem Wissen und Gewissen für die Interessen der Arbeiterschaft, so wie er sie verstand, eingesetzt.

#### *Grundpositionen und Politikverständnis*

Als Leipart die für viele überraschende Haltung der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu erklären versuchte, schrieb er: Die Gewerkschaften seien »in erster Linie ein Teil der großen Klassenbewegung der Arbeiter und für diese wirksam«, doch seien sie und die Arbeiter »Demokraten aus Prinzip«, und der »Grundsatz der Demokratie (heiße), daß das Allgemeine voranzustellen ist«. Deshalb »vertreten wir also die Ansicht, daß das Wohl des Ganzen über den Interessen der einzelnen Klassen steht. Keine Klasse kann beanspruchen..., daß das Allgemeinwohl ihr gegenüber zurückgestellt und vernachlässigt wird.«<sup>14</sup> Dabei war seine Grundposition eine sozialistische: »Eine Gesellschaftsordnung, die vorwiegend auf den Schutz des freien Eigentums gegründet ist, kann dem Lebenswillen der Arbeiterschaft nicht gerecht werden.« Die Richtung der gewerkschaftlichen Einflußnahme auf die Wirtschaft sei »gegeben durch die sozialistische Grundanschauung, von der die Gewerkschaften ausgehen. Sie streben zur Gemeinwirtschaft, also zu einem System der Wirtschaft, das ausschließlich die Deckung des Bedarfs zum Ziele hat.« Dies liege im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, die »auf die Dauer gar nicht gedeihen kann, wenn das Besitzrecht der Unternehmer und ihr Profitinteresse noch länger über das Allgemeinwohl gestellt bleiben«.<sup>15</sup>

Demokrat-Sein aus Prinzip mit sozialistischer Grundanschauung – das hieß bei Leipart, der mehr der Tradition Lassalles als der von Marx folgte, daß bei der angestrebten Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse dem Staat die zentrale Rolle zukomme. Sein Staatsverständnis folgte seiner Demokratieauffassung: »Der Staat, als die Gesamtheit eines Volkes angesehen, muß das Staatsinteresse, das heißt also das Volksinteresse, den Klasseninteressen und

dem Wohl des Einzelnen voranstellen.«<sup>16</sup> Daraus leitete sich seine »etatistisch-legalistische« Position ab, die seinem ganzen praktischen Wirken bis 1933 zugrunde lag.

Der so verstandene Staat sollte ein Rechtsstaat sein, in dem vom Parlament verabschiedete Gesetze für alle, ob Regierung, Unternehmer oder Gewerkschaften, oberste Priorität haben. Der 1919 im Ergebnis der Novemberrevolution konstituierte »Volksstaat« der Weimarer Republik war für Leipart ein solcher Staat. In ihm sah er die große Chance der Gewerkschaften, an der »Gestaltung des Staatswillens« und der Wirtschaft teilzunehmen.

Aber in der Staatsgläubigkeit des »Demokraten aus Prinzip« steckte ein Widerspruch, der sich in Leiparts Politikverständnis und politischer Praxis niederschlug. Sein Ausgangspunkt war, daß »wir als Arbeiter uns zu allererst für unsere Klasseninteressen einzusetzen« hätten und daß die Gewerkschaften die Klassenbewegung der Arbeiter seien. Doch sei ein »blühendes deutsches Wirtschaftsleben« die »Vorbedingung für den Aufstieg und die endliche Befreiung der deutschen Arbeiterklasse« (wie das ebenso z.B. für die englische Arbeiterklasse zuträfe), und daraus ergäben sich »die gemeinsamen Interessen zwischen Unternehmern und Arbeitern«.<sup>17</sup> Damit erklärte Leipart die Wechselwirkung von Klasseninteressen, Volksinteressen und Nation. Zwischen Klassenspaltung und gemeinsamen Interessen des »Volksganzen« versuchte er, das Wirken der Gewerkschaften zu gestalten. Eingedenk des Bekenntnisses zu »Demokratie als Prinzip« war aus seiner Sicht reformorientiertes staatliches Handeln der einzig mögliche Weg, um Wirtschaft und Gesellschaft im angestrebten Sinne umzugestalten.

Der Revolution von 1918 räumte Leipart nicht die Rolle der Hebamme bei der Geburt des republikanischen Staates und solcher Fortschritte wie des Achtsturentages ein – von der Rede auf dem ADGB-Kongreß 1919 abgesehen, in der er auf Zurufe der Delegierten dies hatte eingestehen müssen. Den Schwerpunkt legte er auf das Wirken der Gewerkschaften und ihrer Führer, nicht zuletzt auf das seines Lehrmeisters und Freundes Carl Legien sowie auf sein eigenes.<sup>18</sup>

Einen Kernpunkt in Leiparts Politikverständnis bildete in den zwanziger Jahren die Idee der Wirtschaftsdemokratie, zu deren Begründern er, was wenig bekannt ist, nach 1918 gehörte und die er 1919 zu einer Tagesaufgabe der Gewerkschaften erklärte. Auf dem Nürnberger Kongreß des ADGB 1919 referierte er zu diesem Thema. Gelegentlich berief er sich dabei auf Legien, der um 1905 als erster den Gedanken erläutert habe. Die notwendige Bildung von Betriebsräten in den Unternehmen und von überbetrieblichen Arbeiterräten in der Wirtschaft (regional und auf Reichsebene) wurde abgeleitet aus der Forderung nach Gerechtigkeit, nach Gleichberechtigung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern als der beiden einander bedingenden Seiten des Produktions- und Wirtschaftsprozesses. Ihr lag zugleich die im Demokratieverständnis eingeschlossene Vorstellung vom »Volksganzen« zugrunde: Der Arbeiter diene mit seiner Arbeit nicht einem Herrn, sondern einem Ganzen, an dessen Gestaltung er mitwirke<sup>19</sup>, und die Wirtschaft sollte den Volksinteressen, nicht allein dem Privatinteresse

»Über die Wahrnehmung der Staatsinteressen soll freilich das allgemeine Menschheitsinteresse auch nicht vergessen werden. Aus diesem Grunde sind wir nicht nur national, sondern zugleich auch international gesinnt. Wir lieben unser Land und unser Volk und achten und schätzen auch die anderen Völker, in deren Gemeinschaft wir in dauerndem Frieden und in gegenseitiger Harmonie die allgemeinen Menschheitsinteressen pflegen und fördern möchten.«  
Theodor Leipart: Die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und der Industrie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 7, 1915, S. 344.

»Das ist eben der große Unterschied zwischen der rein privatkapitalistischen Wirtschaft und unserer Auffassung von Volkswirtschaft, daß wir die Wirtschaft frei machen wollen von dem privaten Profitinteresse und sie geleitet und getrieben sehen wollen lediglich von dem allgemeinen Volksinteresse. Der Inhalt des Begriffs Wirtschaftsdemokratie ist für uns in erster Linie, daß die Wirtschaft nicht länger Privatangelegenheit der Unternehmer sein soll, sondern eine öffentliche Angelegenheit, die das ganze Volk angeht. Wirtschaftsdemokratie in unserem Sinne bedeutet den Kampf gegen die Alleinherrschaft der Unternehmer in der kapitalistischen Wirtschaft.«

Auf dem Weg zur Wirtschaftsdemokratie? Ein Vortrag von Theodor Leipart, Berlin 1928, S. 9.

dienen<sup>20</sup>. Das erfordere die Einflußnahme der Gewerkschaften, die die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft vertreten, auf die Wirtschaft. Eine ausführliche Entschliebung zur Wirtschaftsdemokratie nahm der Breslauer ADGB-Kongreß 1925 an. In ihr wurden die Arbeiter aufgerufen, »zum Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft, zur praktischen Mitwirkung an den Aufgaben des demokratischen Staates, zum Kampf um die Erringung maßgebenden Einflusses auf Gesetzgebung und Verwaltung im Zusammenwirken mit der politischen Vertretung der Arbeiterklasse.«<sup>21</sup> Hier ordneten sich die Vorstellungen von der angestrebten Gemeinwirtschaft ein.

Was Leipart konkret unter Wirtschaftsdemokratie verstanden wissen wollte, war »ganz allgemein die Durchführung der Bestimmung des Art. 165 der Reichsverfassung« der Weimarer Republik, der unter dem Eindruck der Rätebewegung 1918/1919 entstanden war.<sup>22</sup> Danach seien die Arbeiter und Angestellten und ihre Organisationen dazu berufen, »gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern« nicht nur an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch »an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.«<sup>23</sup> Über die Wirtschaftsdemokratie sollte das »Hineinwachsen in den Sozialismus« erfolgen, Reformen sollten innerhalb des Kapitalismus mit dem sozialistischen Ziel verbunden werden.<sup>24</sup> Auf dem Kongreß des IGB im Juli 1930 in Stockholm forderte Leipart, die Wirtschaftsdemokratie auch international durchzusetzen.

Aus dem Interesse der Arbeiterschaft an der Produktivität und Prosperität der Wirtschaft leitete er ab: »Die heutige und die zukünftige Politik der Gewerkschaften muß Sozialpolitik und Produktionspolitik zugleich sein. Dazu zwingt uns einmal die hohe Verantwortung, die die Gewerkschaften gegenüber dem ganzen Volk zu tragen haben, zum anderen auch die Einsicht, daß, je ergiebiger die Produktivität der Arbeit ist, um so höhere Lebensansprüche von der Arbeiterschaft erhoben werden können, die dann um so leichter auch von den Gewerkschaften durchzusetzen sind.« Dann müßten aber »Störungen der Produktion durch Streiks und Aussperrungen möglichst vermieden werden.«<sup>25</sup>

Die Organisation, besonders die gewerkschaftliche, nahm in Leiparts Politikverständnis eine zentrale Rolle ein. Ziel und Zweck der Gewerkschaften sei es, die materielle und geistige Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, sowie deren – wie zugleich die jedes einzelnen Arbeiters – »gesellschaftliche Geltung« zu erhöhen.<sup>26</sup> Staatspolitische Bestrebungen der Gewerkschaften seien berechtigt, ja notwendig »zur Sicherung und Besserung der gesellschaftlichen Geltung und materiellen Lage der Arbeiterschaft«<sup>27</sup>, und zugleich betonte er ihr Selbstverständnis, dem Volksganzen zu dienen: »Unsere Arbeit ist Dienst am Volke.«<sup>28</sup>

Die von ihm genannten Ziele und Zwecke der Gewerkschaften vertrat Leipart auch international, spätestens seit 1904, als er die internationale Holzarbeiterunion initiierte und seitdem zu ihren Führern gehörte, sowie nach 1920 im Rahmen des IGB. 1921 unterstützte er die von Kommunisten beantragte Rußland-Hilfe, allerdings sollte der ADGB sie über das Rote Kreuz, nicht über die KPD leisten.

*Die praktische Politik, der Standort in den Kämpfen der Zeit*

Die politische Praxis der Gewerkschaften orientierte sich unter Leipart an deren erklärten Zielen und Zwecken. Im Mittelpunkt stand die Verbesserung der materiellen, sozialen und geistigen Lage der Arbeiterschaft. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte der DHV bedeutende Ergebnisse erreicht: Die Wochenarbeitszeit wurde um sieben Stunden verkürzt, der Wochenlohn um 10 RM erhöht, die ersten Tarifverträge waren eingeführt, die (damals noch gewerkschaftliche) Arbeitslosenunterstützung geschaffen, einige Arbeitsschutzmaßnahmen durchgesetzt.

Auf das bekannte Abkommen vom November 1918 zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden blieb Leipart Zeit seines Lebens, auch 1945/1946, stolz. Es habe »allen Arbeitgeberverbänden ohne Ausnahme neben den anderen Verabredungen auch zur Pflicht gemacht..., Tarifverträge mit den für sie in Frage kommenden Gewerkschaften abzuschließen, und den Achtstundenarbeitstag festgelegt«. <sup>29</sup> Die Tarifpolitik habe die Macht der Unternehmer gezügelt und »die Stellung des Arbeiters in der Gesellschaft wesentlich gefestigt und gehoben«; die »Erfolge auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung haben einen Kulturfortschritt von dauerndem Werte für die Arbeiter und für das ganze Volk gebracht.« <sup>30</sup>

Den Ausbau der staatlichen Sozialgesetzgebung verstand Leipart als Pflicht des Staates gegenüber dem Volksganzen, als Schutz der Würde des Arbeiters vor der Unternehmerwillkür. In der Tat wurden von den Gewerkschaften in den zwanziger Jahren bedeutende Fortschritte im Arbeitsrecht, bei der Einrichtung von Arbeitsgerichten, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenunterstützung durch staatliche Arbeitsämter, mit der Einführung einer Sozialversicherung, an der sich die Unternehmer zu beteiligen hatten, beim gesetzlichen Arbeitsschutz u.a.m. erzielt. <sup>31</sup> Das Ringen um soziale Gesetzgebung war nach Leipart das Feld der politischen Tätigkeit der Gewerkschaften. Der Weimarer Verfassung und der Sozialgesetzgebung der zwanziger Jahre maß er grundsätzliche Bedeutung zu. Sie waren für ihn mit staatlichen Mitteln durchgesetzte praktische Schritte zur Demokratisierung der Gesellschaft, die dem Arbeiter mehr reale Freiheit brachten.

1918/1919 hatten die ADGB-Gewerkschaften mit ihren Führern die politische und soziale Revolution nicht weitergetrieben, weil das nach ihrer Ansicht die vertrauten Grundlagen ihrer Praxis zerstört, die Gewerkschaften geschwächt und die Räte gestärkt hätte. Sie hatten es vorgezogen, den Kapitalismus, den »eigenen Ast«, das »eigene Wohnhaus« (nach Leipart), zu stabilisieren. <sup>32</sup> Die Republik aber war ihr Produkt. Und so traten der ADGB und seine Führer Anfang der zwanziger Jahre als eine aktive demokratische Kraft zu deren Schutz auf – sowohl während des Kapp-Putsches 1920 mit dem Mittel des Generalstreiks als auch nach den Morden an republikanischen Politikern wie W. Rathenau 1922. <sup>33</sup>

In den politischen Kämpfen der Zeit zeigte sich, daß die Führer des ADGB die Gefahren für die Republik, die ihr von rechts drohten, unterschätzt hatten. Seit der Novemberrevolution waren die Gewerkschaften des ADGB mit der Spaltung der sozialistischen

»Die Demokratisierung auf dem Gebiet der Politik und der Sozialpolitik bewirkte eine ganz andere Anteilnahme der Arbeiterschaft an allen öffentlichen Fragen als früher. Was bisher das Vorrecht kleiner Gruppen war, wurde nunmehr zur Aufgabe für alle Glieder unseres Volkes. Es ist der Kulturfortschritt des 20. Jahrhunderts, daß die werktätigen Schichten sich ihre Mitarbeit an öffentlichen Leben und damit auch ihre Anteilnahme an den Kulturwerten erkämpft haben.«  
Theodor Leipart: Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften, a.a.O., S. 13.

Aus der Erklärung des Bundesvorstandes des ADGB vom 22. Juni 1932 zur Frage der Einheitsfront: »Der Vorstand des ADGB ist fest davon überzeugt, daß der Kampf gegen den gemeinsamen Feind das geschlossene Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zur gebieterischen Pflicht macht... Daß man sich von allen Seiten gerade an sie (die Freien Gewerkschaften), insbesondere an den Vorstand des ADGB wendet, die Rolle des Mittlers zu übernehmen, beweist, daß diese Tatsache (Freie Gewerkschaften als Träger des Einheitsgedankens) allseitig anerkannt wird.

Leider hat diese Anerkennung noch nicht zu der Einsicht geführt, daß die Voraussetzung für eine Einheitsfront die Einstellung des gehässigen und verleumderischen Bruderkampfes ist, der tagtäglich in Versammlungen, in der Presse und in Flugblättern geführt wird. Das ZK der KPD hat sich noch in neuester Zeit ausdrücklich dazu bekannt, diesen Kampf hemmunglos fortzusetzen. In einer Erklärung vom 20. Juni 1932 sagt die kommunistische Parteizentrale: »Die Kommunisten erklären dazu ganz offen, daß sie nicht daran denken, den Parteien, mit deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangte, einen Burgfrieden zu gewähren, wie es die SPD- und ADGB-Führer wünschen, weil sie um ihre Mandate zittern... Es gibt für die Kommunisten keinen Burgfrieden mit Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse.«

Diese Erklärung ist unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Einheitsbestrebungen in der Arbeiterschaft

Arbeiterbewegung, der sie sich zurechneten, konfrontiert und standen zugleich unter dem Druck reaktionärer, antidemokratischer, nationalistischer Kräfte. Deshalb war das politische Agieren der Gewerkschaften in den Jahren 1919-1933 einerseits wesentlich bestimmt von der Auseinandersetzung mit kommunistischen, an Sowjetrußland orientierten Führungsansprüchen gegenüber der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften eingeschlossen, und der Abwehr reaktionärer Anschläge auf die gesamte Arbeiterbewegung andererseits. Dabei setzte sich der ADGB mehr mit der KPD und deren Umfeld und weniger mit den Gefahren von rechts auseinander.

Für den an Ordnung, Gesetzestreue, Kooperation, Parlamentarismus orientierten Leipart verkörperten Kommunisten die Unordnung, die Gesetzlosigkeit, den Bürgerkrieg, die Diktatur, waren sie »Zerstörer der Gewerkschaften«. Auf dem ADGB-Kongreß in Leipzig 1922 faßte er den grundsätzlichen Unterschied zwischen den Positionen des ADGB und der Kommunisten in die Worte, »daß wir Anhänger des demokratischen Parlamentarismus sind, sie aber Gegner«. <sup>34</sup> Die im Verlauf der zwanziger Jahre von der KPD wiederholt angebotene Aktionseinheit lehnte der ADGB ab, da sie, wie Leipart u.a. auf dem ADGB-Kongreß in Breslau 1925 konkret nachgewiesen hatte, dem Ziel diene, die Arbeiterbewegung der kommunistischen, von Moskau aus gesteuerten Führung zu unterwerfen. Diese Position war berechtigt. Nicht zu übersehen sind aber auch die negativen Folgen des jahrelangen Krieges gegen die Kommunisten für die Gewerkschaften, auf die H. Potthoff hinweist: Dieser Kampf absorbierte einen wesentlichen Teil ihrer Kraft, lenkte von Sachproblemen ab und »vertiefte den Graben in der Arbeiterbewegung mit der Folge einer weiteren Desintegration der Arbeiterschaft«; das Schielen nach der »linken Konkurrenz« schwächte die Position der Gewerkschaften bei Verhandlungen mit Unternehmern und Staat zuungunsten der Arbeiterschaft; der »Aktionismus der Radikalen« verfestigte bei den Gewerkschaftsführern das Mißtrauen gegenüber »den Massen«, die Teilhabemöglichkeiten der gewerkschaftlichen Basis an der Politik ihrer Organisationen wurden von der Gewerkschaftsbürokratie mehr und mehr beschnitten. <sup>35</sup>

Die von der deutschen Rechten ausgehende Gefahr wurde von den ADGB-Gewerkschaften, auch von Leipart, relativ früh erkannt, so 1920 während des Kapp-Putsches. Doch zugleich wurde diese Gefahr – im Vertrauen auf die Stabilität des Weimarer Staates – unterschätzt, besonders zu Beginn der dreißiger Jahre, als die nazistische Bewegung, von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise stimuliert, immer mehr anwuchs. Allgemeine Sätze wie »die nationale Idee kann nur verwirklicht werden, wenn der soziale Konflikt, in den der Kapitalismus alle fortgeschrittenen Völker stürzt, durch eine neue Gesellschaftsordnung überwunden wird« <sup>36</sup>, richtete Leipart wohl gegen die nazistische Gefahr, er setzte ihnen aber nichts Konkretes an Tagesaufgaben hinzu, die den anstehenden Gefahren hätten entgegenwirken können.

Nach dem Ausstieg der SPD aus der großen Koalition 1930 wurde die Republik mit Notverordnungen regiert. 1930/1931 wandte sich Leipart gegen diese Notverordnungspraxis, deren Gefahr für



die Republik er erkannt hatte. Doch aus Furcht vor einem Bürgerkrieg wurde der Widerstand gegen diese Politik 1932 aufgegeben. Der ADGB hing weiterhin der illusionären Hoffnung auf eine Gemeinschaftsaktion von Staat, Unternehmern und Gewerkschaften nach. Und das unter Bedingungen, da die Regierung schon mit Notverordnungen regierte und damit nach Leiparts eigenen Worten verfassungswidrig handelte; da diese sich, wiederum nach seinen Worten, von den Anliegen der Unternehmer leiten ließ; und da die Gewerkschaften sowohl von Regierung wie von Unternehmern schon längst »links liegengelassen« worden waren.

### *Positionen und Aktionen im Januar-Mai 1933*

Die illusionäre Staatsgläubigkeit führte schließlich zu Versuchen, sich der verhängnisvollen Entwicklung auch dann noch anzupassen, als Hitler am 30. Januar 1933 »legal«, im Auftrag des Staatspräsidenten Hindenburg, die Macht übernommen hatte. Noch am 31. Januar 1933 gab Leipart vor dem ADGB-Bundesausschuß das Motto aus: »Organisation, nicht Demonstration – das ist die Parole der Stunde«. <sup>37</sup> Wie andere politische Kräfte auch, die Mehrheit der Arbeiterbewegung eingeschlossen, hofften ADGB-Gewerkschafter, auch Leipart, auf das baldige Abwirtschaften der Nazis und glaubten, daß Hindenburg als Reichspräsident die verfassungsmäßigen Rechte der Gewerkschaften schützen werde. In diesem Sinne wandten sich Vertreter des Bundesvorstandes des ADGB im März und April in mehreren Briefen an den Reichspräsidenten.

Am 21. März übergab Leipart im Auftrag des ADGB-Bundesvorstandes eine Erklärung an Hitler, in der diesem klar zu machen versucht wurde, »daß die Gewerkschaften ein unerläßlicher Bestandteil der sozialen Ordnung seien«, daß sie jedoch »auch kein Monopol für sich« beanspruchten: »Über der Form der Organisation stehe die Wahrung der Arbeiterinteressen.« <sup>38</sup> Um die Organisationen des ADGB zu retten, war man sogar zum Verzicht auf den zur Weimarer Zeit ständig betonten demokratischen Anspruch, »auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken«, bereit.

Um sein und des ADGB Verhalten nach dem 30. Januar 1933, darunter das Ausbleiben des Aufrufs zum Generalstreik, zu erklären, führte Leipart 1945/1946 mehrere Argumente an: die hohe Arbeitslosigkeit im Lande; die Übernahme lebenswichtiger Betriebe (Elektrizitäts- und Wasserwerke) durch die Nazis; die Unterstützung Hitlers durch »bürgerliche Kräfte und Unternehmer«; und schließlich: Hitler sei legal an die Macht gekommen – ein Generalstreik wäre nicht zulässig gewesen, da er sich gegen die Verfassung gerichtet hätte. <sup>39</sup> Der von Legalitätsideen durchdrungene »Demokrat aus Prinzip« schwor noch immer auf die – nach seinen eigenen Worten schon von früheren Regierungen außer Kraft gesetzte – Verfassung von Weimar.

Den Beschluß des ADGB-Bundesausschusses vom 19. April, der – ergänzend zu seinem Mai-Aufruf vom 15. April <sup>40</sup> – die Mitglieder aufforderte, sich allerorts an den faschistischen 1.-Mai-Feiern zu beteiligen, erklärte Leipart später mit der Absicht, die Mitglieder vor zu erwartenden Repressalien im Falle der Nichtteilnahme an den offiziellen Feiern zu schützen. Auch diese gutge-

von der höchsten Instanz der KPD abgegeben worden. Unter diesen Umständen sieht der Vorstand des ADGB für Einigungsversuche keine Erfolgsmöglichkeiten. ...«

Zit. nach K. Schönhoven: Reformismus und Radikalismus, a.a.O., Dokumenten-anhang, S. 226.

»Der Gedanke, der dem Auftreten der Regierung Brüning in ihrem Verhältnis zum Reichstag zugrunde liegt, gehört einer grundsätzlich anderen Staatsauffassung an als die, zu welcher sich die Gewerkschaften bekennen.« Der verfassungswidrige Versuch der Brüning-Regierung, »ihre Politik mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung gegen den Reichstag durchzusetzen, ist der Beginn einer Politik, die in ihren Konsequenzen Zwang an die Stelle von Freiheit und Recht, Rechtsunsicherheit an die Stelle von Ordnung und inneren Frieden setzt. Die Gewerkschaften dagegen verlangen im Interesse der ungehemmten Entfaltung ihrer öffentlichen Geltung vom Reiche eine Politik der Stetigkeit, begründet auf den demokratischen Rechten der Verfassung... Und mit den demokratischen Garantien der Weimarer Verfassung zugleich ist die auf dieser Verfassung beruhende rechtliche Stellung der Gewerkschaften... in gefährlicher Weise bedroht.«

Theodor Leipart: Im Wahlkampf, in: Schwäbische Tagwacht, Stuttgart, 2. September 1930.

»Die Gewerkschaften hatten wie alljährlich die Arbeiterschaft zur Mai-Feier aufgerufen. Von der Hitler-Regierung war der 1. Mai zum gesetzlichen Volksfeiertag gemacht worden. Es wurden große Massenversammlungen von den Nazis vorbereitet, zu denen die Belegschaften der Betriebe geschlossen hingeführt werden sollten. Ohne Zweifel hatten alle diejenigen, die an diesen Veranstaltungen nicht teilnehmen würden, Maßregelungen und andere Nachteile zu befürchten. Hatte doch allein der Vorwurf staatsfeindlicher Gesinnung bisher schon genügt, Tausende ins Gefängnis zu bringen. Deshalb wurde auf Beschluß des Bundesausschusses den Gewerkschaftsmitgliedern, um sie vor verhütbarem Schaden zu bewahren, in einem neuen Aufruf angeraten, gleichfalls die offiziellen Veranstaltungen zu besuchen...«

Theodor Leipart: Die Deutschen Gewerkschaften im Mai 1933, Manuskript, in: SAPMO im BArch, NY 4402, Aktenband 12, S. 10/11.

meinte Absicht in Rechnung gestellt: Der Beschluß mußte unter den gegebenen Umständen verwirrend wirken und die – auch geistige – Widerstandskraft der ADGB-Gewerkschafter schwächen.

Bei alledem blieb Leipart in seinem Verhalten gegenüber den Nazis konsequent ablehnend. Zu einer von diesen geforderten »freiwilligen« Übergabe des ADGB an sie war er nicht bereit, auch nicht um den Preis einer ihm angebotenen »angemessenen Pension«. Es ist Heinrich Potthoff zuzustimmen, wenn er meint, daß mit der Kategorie »Verrat« das damalige Verhalten der Gewerkschafter um Leipart nicht zu erfassen sei, »denn es war keine bewußte Preisgabe ihrer Bewegung, sondern ein Zusammenwirken verschiedener Faktoren: persönliches Versagen, politische Fehleinschätzungen und strukturelle Schwächen«. Sie verkannten den wahren Charakter der Nazi-Bewegung und nährten zu lange die illusionäre Hoffnung, die Gewerkschaften könnten, wenn auch mit Einschränkungen, das Nazi-Regime überdauern.<sup>41</sup>

Als am 2. Mai 1933 dann das Aus kam – die SA die restlichen Gewerkschaftshäuser, auch das Bundeshaus in der Berliner Wallstraße, besetzte –, wurden die führenden Gewerkschafter, auch Leipart, brutal mißhandelt und in »Schutzhaft« genommen. Ein Zeitzeuge berichtete: »Leiparts persönlicher Mut stand außer Frage. Ich habe seinen Aufenthalt in einer der nazistischen Folterhöhlen von 1933 (in der Berliner Parochialstraße) geteilt. SA-Häuptlinge bedrohten ihn zu viert mit entscherten Pistolen, um ihm Angaben über den Aufenthalt des Reichsbannerführers Höltermann abzupressen. Trotzig brüllte der alte Mann die Henkersknechte an und landete schließlich zusammengebrochen im Staatskrankenhaus.«<sup>42</sup> Am 9. Mai 1933 wurde »gegen Leipart und Genossen« ein »Ermittlungsverfahren wegen Untreue« eingeleitet, das aber nie abgeschlossen wurde und nicht zur Anklage führte, da praktisch nicht ermittelt worden war. Die Aktion diente dazu, die Gewerkschaftsführer zu kriminalisieren und zugleich eine formale »Rechtsgrundlage« für die Beschlagnahme allen gewerkschaftlichen Vermögens zu schaffen.<sup>43</sup> In den Jahren darauf verweigerten die Nazis Leipart – im Unterschied z. B. zu Severing – jegliche Rente. In einem späteren Brief teilte er mit, daß die Gestapo seine Rentenansprüche mit der Begründung abgelehnt hatte, er habe sein »Amt als Vorsitzender des ADGB mißbraucht..., um marxistische Bestrebungen zu fördern.«<sup>44</sup>

#### *Der letzte Lebensabschnitt: die Jahre 1933-1947*

Im Verlauf der zwölf Jahre bis zur Befreiung vom Nazi-Regime blieb Leipart – er stand im siebenten und achten Lebensjahrzehnt – seinen Überzeugungen treu. Er unterhielt konspirative Kontakte zu Weggefährten, darunter Wilhelm Leuschner, Jakob Kaiser und Hermann Schlimme. Mit ihnen war er sich »darüber einig, daß nach dem Hitlerterror und nach den Verwüstungen durch den Krieg für politisch oder weltanschaulich getrennte Gewerkschaften kein Platz mehr sein dürfe, sondern zur Bewältigung der ungeheuer großen Aufgaben die Einheit das Gebot der Stunde sei.«<sup>45</sup>

Die Jahre vor 1933 – die Situation in der Arbeiterbewegung, das Agieren der Gewerkschaften, sein eigenes Verhalten – haben

Leipart wohl stark beschäftigt. Sein Nachlaß enthält mehrere Manuskripte, in denen er in den Jahren 1945/1946 die Geschichte der ADGB-Gewerkschaften und ihres Wirkens für die Arbeiterschaft bilanzierend nachzeichnete. Das Nachdenken darüber hat ihn 1945 wie viele andere Sozialdemokraten für die Einheit der Arbeiterbewegung, auch der politischen, Partei ergreifen lassen. 1946 wurde Leipart Mitglied der SED. Er wurde es wohl aus Überzeugung, denn Zwang stand nicht hinter seiner Entscheidung. Wegen hohen Alters und schlechten Gesundheitszustands kamen weder Gewerkschafts-, noch Parteifunktionen, auch nicht öffentliche Ämter in Frage – er hatte auch keinerlei Ambitionen dieser Art. Da er im amerikanischen Sektor von Berlin wohnte, war er vor einem eventuellen »Zugriff der Sowjets« geschützt. Er beteiligte sich nicht an der von Westberlin aus in der Berliner SPD am 31. März 1946 durchgeführten Urabstimmung über die Vereinigung mit der KPD, »obwohl die Genossen versuchten, bei mir in der Wohnung den ausgefüllten Stimmzettel abzuholen.«<sup>46</sup>

Seinen Schritt begründete er mehrfach, öffentlich und intern. Bezeichnend war, daß er sich dabei immer wieder auf die Jahre vor 1914 bezog: »In den rund 60 Jahren meiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei habe ich deren Aufstieg mitgemacht und ihre Stärke mitempfunden, die sie zeigen konnte, solange sie die Einheitspartei der Arbeiter war.«<sup>47</sup> In einem Brief an Severing vom 3. Mai 1946 schrieb er: »Daß Einigkeit stark macht, ist ein Spruch, der auf uns alle, als wir jung in die Bewegung eintraten, vor allem anderen wohl den stärksten Eindruck gemacht hat. Und unsere eigenen Erfahrungen in den Gewerkschaften und im politischen Kampf haben uns dann die Richtigkeit dieses Spruchs tausendfältig bewiesen.«<sup>48</sup> Bezeichnend für ihn ist seine Antwort auf die Feststellung eines Reporters, daß man sich der üblen Streitigkeiten mit den Kommunisten erinnere, die gerade Leipart nicht vergessen haben kann: »Man muß auch vergessen können.«<sup>49</sup>

Unabhängig davon, wie man Leiparts Wirken in den verschiedenen Abschnitten seines Lebens beurteilt, kann wohl gesagt werden: Als »Demokrat aus Prinzip« und sozialdemokratischer Gewerkschafter hat er Bleibendes für die demokratische und soziale Sicherung der Lohnarbeitenden in der kapitalistischen Gesellschaft seiner Zeit geleistet und sie so mitgeprägt. Das auf diesem Gebiet Geleistete erwies sich als tragfähige Grundlage für den gewerkschaftlichen Kampf nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch gemessen an seinem sozialistischen Ziel, das Gleichheit und Freiheit für den Einzelnen und das »Volksganze« anstrebte, war er, der auf den angeblich neutralen Staat setzte, an den Realitäten der Wirklichkeit – und des Staates, in dem er wirkte – gescheitert. Die letzte Enttäuschung – die unerfüllte Hoffnung auf die Einheit der Arbeiterbewegung in der SED, die zu diesem Ziel führen sollte, blieb ihm durch den Tod erspart.

1 Vgl. Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten, Hrsg. von Manfred Asendorf und Rolf von Bockel, Stuttgart/Weimar 1997.

2 Theodor Leipart: Aus meinem Leben, Manuskript (1945/1946), in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv (BArch), Berlin, NY 4402, Aktenband 1.

- 3 Theodor Leipart: Die kulturelle und volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften, Berlin 1926, S. 2, 3; ders.: Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften, Berlin 1932, S. 5.
- 4 Theodor Leipart: Die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und der Industrie, in: Sozialistische Monatshefte, H. 7, 1915, S. 345.
- 5 Theodor Leipart: Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften, a.a.O., S. 4.
- 6 Theodor Leipart: An meinen toten Sohn (Berlin 1915), S. 15.
- 7 Theodor Leipart: Worum geht unser Kampf? Gewerkschaften, Wirtschaft und Staat, in: Schwäbische Tagwacht, Stuttgart, 2. Januar 1926.
- 8 Vgl. Theodor Leipart: An meinen toten Sohn, a.a.O.
- 9 Theodor Leipart: Der Aufstieg der Gewerkschaften, Manuskript (1945/1946), in SAPMO im BArch, NY 4402, Aktenband 7.
- 10 Franz Josef Furtwängler: Männer, die ich sah und kannte, Hamburg 1951, S. 129.
- 11 Holzarbeiterzeitung, Düsseldorf, H. 4, 1968, S. 13.
- 12 Vgl. Theodor Leipart: An meinen toten Sohn, a.a.O, S. 14; ders.: Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften, a.a.O., S. 19/20.
- 13 Theodor Leipart: Aus meinem Leben, a.a.O., S. 12.
- 14 Theodor Leipart: Die gemeinsamen Interessen..., a.a.O., S. 344.
- 15 Theodor Leipart: Gewerkschaften und Volkswohlfahrt, Berlin 1927, S. 6, 10/11.
- 16 Theodor Leipart: Die gemeinsamen Interessen..., a.a.O., S. 344.
- 17 Ebenda, S. 346.
- 18 Vgl. Theodor Leipart: Vorwort zur Broschüre: Die Verordnung über die Arbeitszeit. Mit Erläuterungen, Berlin 1924, S. 3.
- 19 Theodor Leipart: Gewerkschaften und Volkswohlfahrt, a.a.O., S. 10/11.
- 20 Vgl. Auf dem Weg zur Wirtschaftsdemokratie? Ein Vortrag von Theodor Leipart, Berlin 1928, S. 9.
- 21 Zit. nach Theodor Leipart: Von der Neutralität zur politischen Unabhängigkeitserklärung, Manuskript (1945/1946), in: SAPMO im BArch, NY 4402, Aktenband 9, S. 12.
- 22 Diesem Artikel zufolge wurde 1920 der Vorläufige Reichswirtschaftsrat (VRWR) gebildet, dessen stolzes Mitglied, zeitweilig auch Vorsitzender, Leipart von da an bis 1933 war und dessen Umwandlung in einen »endgültigen« Reichswirtschaftsrat er immer wieder forderte. In der Tat kam aber der VRWR über marginale beratende Funktionen niemals hinaus.
- 23 Vgl. Theodor Leipart: Worum geht unser Kampf? a.a.O.
- 24 Vgl. u.a. Theodor Leipart: Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie? a.a.O., S. 7, 11, 13, 14, 17.
- 25 Theodor Leipart: Gewerkschaften und Volkswohlfahrt, a.a.O., S. 13/14.
- 26 Vgl. ebenda, S. 4.
- 27 Theodor Leipart: Im Wahlkampf, in: Schwäbische Tagwacht, 2. September 1930.
- 28 Theodor Leipart: Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften, a.a.O., S. 17.
- 29 Theodor Leipart: Für Tarifvertrag und Schlichtung der Arbeitsstreitigkeiten, Manuskript (1945/1946), in: SAPMO im BArch, NY 4402, Aktenband 10, S. 16.
- 30 Theodor Leipart: Die kulturelle und volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften, Rede am 15. September 1926, Berlin (1926), S. 6.
- 31 Vgl. u.a. Klaus Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989, S. 123/124.
- 32 Vgl. Heinrich Potthoff: Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1987, S. 185, 201.
- 33 1922 war es die Initiative des von Leipart geführten Bundesvorstandes des ADGB, zur Beratung der Arbeiterparteien über Abwehrmaßnahmen gegen die monarchistische Reaktion auch die Kommunistische Partei hinzuzuziehen, und so wurde im Juni ein Abkommen vereinbart, in dem Gewerkschaften und alle drei Arbeiterparteien »gemeinsam Forderungen zum wirksamen Schutz der Republik und zur Wahrung der Rechte der Arbeiterschaft aufgestellt« hatten, die durch »gewaltige Demonstrationen im ganzen Reiche... (von der) gesamten Arbeiterschaft, unter Mitbeteiligung großer Massen der übrigen republikanischen Bevölkerung« unterstützt wurden. (Theodor Leipart auf dem Kongreß des ADGB in Breslau 1925, Protokoll, S. 109).
- 34 Protokoll des ADGB-Kongresses in Leipzig 1922, S.395 f.
- 35 Vgl. Heinrich Potthoff: Freie Gewerkschaften 1918-1933, a.a.O., S.214/215.
- 36 Theodor Leipart: Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften, a.a.O., S. 19.
- 37 Gewerkschafts-Zeitung, Berlin, 4. Februar 1933.
- 38 Gewerkschafts-Zeitung, Berlin, 25. März 1933, zit. nach: Reprints zur Sozialgeschichte bei J.H.W. Dietz Nachf., Herausgeber: Dieter Dove.
- 39 Theodor Leipart: Die deutschen Gewerkschaften im Mai 1933, Manuskript (1945/1946), in: SAPMO im BArch, NY 4402, Aktenband 12, S. 10/11.
- 40 Vgl. Gewerkschafts-Zeitung, Berlin, 22. April 1933.
- 41 Heinrich Potthoff: Freie Gewerkschaften 1918-1933, a.a.O., S. 208/209.
- 42 Franz Josef Furtwängler: Männer, die ich sah und kannte, a.a.O., S. 130/131.
- 43 Vgl. Beate Dapper/Hans-Peter Rott: Zum Ermittlungsverfahren gegen Leipart und Genossen wegen Untreue vom 9. Mai 1933, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz, Berlin, H. 4, 1984, S. 509-533.
- 44 Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. I, Stuttgart 1947, S. 647.
- 45 Zit. nach Heinz Deutschland: Theodor Leipart zur Einheit der Arbeiterbewegung 1945-1947 (Dokumentation), in: BzG, Berlin, H. 3, 1987.
- 46 Ebenda, S. 355.
- 47 Ebenda, S. 355/356.
- 48 Ebenda, S. 358.
- 49 Ebenda.